

Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Magdeburg.

Die „Volksstimme“ erscheint täglich abends (mit Ausnahme der Sonn- und Festtage) mit dem Datum des folgenden Tages. — Herausgeber: Emil Müller; Magdeburg. — Verantwortlich für Inhalt: Dr. Paul von Blumhöft, Magdeburg. — Druck und Verlag von W. Fassnacht & Co., Magdeburg, Große Königstraße 4. — Fernschreiber: 1367 für Inserate, 1794 für die Redaktion, 661 für den Verlag und die Druckerei. — Zeitungspreise: Seite 410.

Bezugspreis: Vierteljährlich einschließlich Anzeigung 2,75 Mr., monatlich 1,35 Mr. beim Buchholz vom Verlag und den Ausgabestellen vierteljährlich 2,45 Mr., monatlich 1,15 Mr. Bei den Postanstalten vierteljährlich 2,75 Mr., monatlich 1,35 Mr. ohne Belehrung. Einzelne Nummern 10 Pf. — Anzeigengebühr: die angebotene Seitenzahl 25 Pf., Anzeigen von ausserhalb 35 Pf., im Reklameteil Seite 1,05 Mr. Anzeigen-Nr. darf verloren, wenn nicht binnen 4 Wochen Bezahlung erfolgt. — Poststempel: Nr. 5258 Berlin.

Nr. 174.

Magdeburg, Sonnabend den 27. Juli 1918.

29. Jahrgang.

Radikalische Momentbilder.

Die beiden Welten des Kapitals und der Arbeit laufen auch während des Krieges auf gesonderten Gleisen nebeneinander her. Die den Reichtum erzeugende arbeitende Klasse weiß zu wenig von seiner Verwendung, Aufhäufung und Vergrößerung. Wenn auch die Erkenntnis des volkswirtschaftlichen Erneuerungsprozesses in ihr Bewußtsein drang, so fehlt ihr doch die Kenntnis des Verfahrens, der Technik und der mannigfältigen Arten und Formen kapitalistischer Aneignung. Noch mangelt es der Presse an Raum, um auf diesem Gebiete der Arbeiterschaft Bahn zu brechen; darum müssen wir uns mit Momentbildern begnügen, Blitzaufnahmen, die wenigstens die Umriss des kapitalistischen Betriebs wiedergeben.

Preistreibereien der Hochfinanz.

In der Regel bildet die Harmonie der Interessen die solide Grundlage der Geschäfte der Hochfinanz. Kleine Zwischenfälle spielen sich unter Ausschluss der Offenheit ab, und wenn es dabei wirklich zu heftigeren Kräfteungen kommen sollte, so hat das dies so wenig zu bedeuten wie das Geschrei und die Gesten der Börseleute. Nach Schluss der Börse gehen sie Arm in Arm zum Essen. Indessen kommen auch Fälle vor, wo die Interessen der Hochfinanz hart auf hart auferandstoßen, nämlich wenn große Finanzgruppen keinen gemeinsamen Boden des Profitmachens finden. So geschah es in der Generalversammlung der Deutschen Erdöl-A.-G. (Deag). Hier stießen zwei große Finanzgruppen aufeinander: die Deutsche Bank und die Berliner Diskontogesellschaft. Waren sie in der Verteilung von 25 Prozent Dividende einig, so ging die Einigkeit doch in die Brüche, als es sich darum handelte, wer die von der Deag auszugebenden 4½ Millionen neuen Aktien übernehmen sollte. Die Verwaltung der Deag beachtigte, diese 4½ Millionen der Diskontogesellschaft zu einem Kurse von 350 Prozent zu überlassen; dieses Institut sollte sie dann zu 357½ Prozent den Aktionären anbieten. Das war eine gewinnbringende Transaktion von circa 300.000 Mark. Mit dem neuen Kapital sollte die Internationale Rumänische Petroleum-Gesellschaft aufgekauft werden. Nun gibt es aber bei der Deutschen Bank eine „Petroleumgruppe“, die an dem Geschäft beteiligt sein und ihren Einfluss auf den Petroleummarkt nicht einbüßen wollte. So vollzog sich denn der in Deutschland ungewöhnliche Vorgang einer öffentlichen Kundgebung der Deutschen Bank gegen die Verwaltung der Deag und die Diskontogesellschaft. Dass man sich auf dem Boden der gemeinsamen Interessen jährlig wiederfindet, ist sicher, aber für die Allgemeinheit ergibt sich aus dem Vorgang etwas viel Wichtigeres. Räumlich die zielbewusste selle Tätigkeit der Hochfinanz, durch Aufbau den

Petroleummarkt zu beherrschen

und den Preis zu diktieren! Sollte ein Petroleum-Monopol kommen, so hat man dem Staat gegenüber die Trümpe in der Hand. Die Tendenz der Preishaltung wird plausibel von der Hochfinanz vorbereitet!

Tabakshieber.

Auch andre Kräfte arbeiten in der gleichen Richtung. Das sind nicht nur die Preiskämpfer des freien Handels im Land, sondern auch die Schieber aller Arten von Gebrauchsgütern. Außerdem aber ist ein ganz neuer Typ unter der Kriegswirtschaft entstanden — der beamte Großshieber und Vertrauensmann der Kriegswirtschaftsstellen! Als vollendetes Muster dieser Art ist der Baron von Michel-Raulino in Bamberg anzusehen. Er ist Geschäftsführer der Zigarettenfabrik-Gesellschaft in Dresden und im Hauptamt Inhaber der Tabakfirmen Raulino & C. o. in Eisenstadt (Inhaber Michel-Raulino u. Kassim Emin).

Kassim Emin in Xanthi (die gleichen Inhaber). Mit drei andern Firmen in Philippopol, Sofia und Berlin erfreuen wir uns eines Rings zur künftlichen Hochreitung der Tabakpreise.

Gemacht wird das so: Erst sichert man sich im Orient große Borräte, dann treibt man die Preise durch allerlei Machenschaften in die Höhe, zwingt dadurch die Konkurrenz in Deutschland, zu hohen Preisen zu verkaufen und setzt die im öffentlichen Interesse gegründete Einkaufsgesellschaft, an die nur 5 Prozent der Einfuhr von Zigarettenabak abzuliefern waren, in die Zwangslage, der Bucherpolitik des Rings zu folgen.

Die Fachpresse hat die Tätigkeit des sich höchster Gunst erfreuenden Barons von Michel und seiner Helfershelfer seit Monaten dargestellt und ihnen nachgewiesen, daß der Baron in seiner Eigenschaft als Geschäftsführer die Einkaufsgesellschaft nicht für die Interessen der Allgemeinheit, sondern für den Södel weniger Privatinteressenten gearbeitet hat. Der mit Orden und Ehrenzeichen versehene Baron ist daraus hin seiner Stelle zwar enthoben worden, aber die

Tabakmarktpreise bleiben

und die Millionengewinne der Michel-Raulino und Ge- nossen sind in Sicherheit. Die „Münchner Post“, die diese skandalöse Sache ausführlich behandelt und die wir deshalb schon vor einigen Tagen aufrufen sollten, fragt, ob denn mit der Enthebung des Barons die Angelegenheit erledigt sei und Amtsgemäßes bleiben solle? Wo bleibt denn die sonst den kleinen Buchern so geschäftig begegnende Tätigkeit unserer Kriegswirtschaft?

Außerdem findet der „General-Kräger für den Tabakhandel“ noch eine Erklärung dafür, warum es keine billigen Zigaretten gibt. Die große Münchner Zigarettenfabrik Zuban konnte keine billigen Zigaretten mehr an die Front liefern, weil die Borräte in billigen Tabaken aufgearbeitet seien. Warum das? Weil die Bucherfirma Kassim Emin (Mitinhaber Baron von Michel) der Hofzigarettenfabrik Zuban (Hauptinhaber von Michel) ihre billig eingekauften Tabake zu Bucherpreisen berechnete! Die Raucher wissen nun wenigstens, warum sie

für teures Geld Schnupfqualmen

müssen. Hinter die Kulissen der Kriegswirtschaft muß jetzt oder später gründlich hineingeleuchtet werden. Man wird auch außerdem noch Michel'sche Gesellten, Schwärmer des freien Handels finden, die als „Vertrauensmänner“ den unverschämtesten Bucher ausüben.

Eine „ideale“ Bilanz.

Unter den mancherlei Errungenheiten des Krieges hat die Kunst, Bilanzen und urtheilhaftig aufzurichten, leider nicht die erforderliche Beachtung und Würdigung gefunden. Wollte man damit ins einzelne gehen, mühten Bände angefüllt werden. Man muss sich daher begnügen, an einem Beispiel zu zeigen, wie es gemacht wird. Dabei ist zu beachten, daß nur die Aktiengesellschaften zur öffentlichen Bekanntgabe ihrer Bilanzen verpflichtet sind, während die Ergebnisse der Gesellschaften m. b. h. und natürlich alle privaten Unternehmungen sich der öffentlichen Kenntnis entziehen! Nehmen wir kein besonders auffallendes Beispiel, sondern ein sozusagen normales Unternehmen der Kriegswirtschaft vor: Benz u. c. o., Rhein. Automobil-Motorenfabrik in Mannheim. Das Aktienkapital beträgt 22 Millionen, die unter verschiedenen Bezeichnungen eingefüllten Reserven nicht ganz 4 Millionen. Sie sind gering, weil ähnlich Anlagen, außer Gebäuden und Grundstücken auf je drei ganze

Mark abgeschrieben sind. Dabei repräsentieren sie einen Wert von vielen Millionen. Seit zwei Jahren werden Warenzölle und Unzölle in den Bilanzen nicht mehr aufgeführt. Seit dem Kriege wurden circa 19 Millionen abgeschrieben. Die Rücklage für Kriegsgewinnsteuer ist vorher, vor Feststellung des Kriegsgewinns abgebucht. Wie seit drei Jahren kommen 20 Prozent zur Verteilung, seit zwei Jahren noch extra 10 Prozent. Außer der vertragsmöglichen Lantiente am den Aufsichtsrat (sieben Personen) von circa 1½ Millionen sind noch 2,3 Millionen unter „Lantienmen und Gratifikationen“ gebucht, so daß es im dunkeln bleibt, was der Aufsichtsrat eigentlich erhält. Ihm werden außerdem zu beliebiger Verwendung 472 607 Mark zur Verfügung gestellt. Angesichts dieser unkontrollierbaren Zuwendungen erscheinen die für soziale Zwecke, Pensionen, Kriegs- und sonstige Unterstützung vorhandenen 2,8 Millionen geradezu lächerlich!

Solche unserm Unternehmern sicher als „ideal“ geltende Bilanz gefällt unser total veraltetes, auf längst überholten Wirtschaftsverhältnissen beruhendes Lantienrecht. Die so dringend nötige Reform, zum mindesten hinsichtlich der Bilanzveräußerung findet nirgends Verfugter. Und doch wäre nichts leichter, als vermittels der dem Bundesrat auf — leider — unbestimmte Zeit erteilten Machtbefugnisse, auf dem Verordnungsweg

zwingende Vorschriften für die Bilanz zu erlassen. An den maßgebenden Stellen scheint aber wenig Neigung vorhanden zu sein, das Kriegsgewinnlertum in ein helleres Licht zu setzen.

Gewinne der Aktiengesellschaften.

Nach den Feststellungen des Wirtschaftsstatistischen Bureaus von St. Gallen kommen nach den im „Reichs-Anzeiger“ veröffentlichten Bilanzen für 1917 Gesellschaftenstein gewinn und Verlust mit dem Ergebnis des Vorjahrs verglichen werden. 4120 Gesellschaften erzielten Gewinn, 867 schlossen mit Verlust ab. Die ersten verbuchten auf ein Kapital von 14,74 Milliarden 2,86 Milliarden Rein- gewinn, gleich 19,88 Prozent des Kapitals gegen 16,91 des Vorjahres. Bei den mit Verlust arbeitenden Gesellschaften ergibt sich ein Kapital von nur 1,34 Milliarden mit 229 Millionen Verlust, gleich 17,02 Prozent. Die Durchschnittsdividende stieg von 8,12 Prozent des Vorjahres auf 9 Prozent, doch bezogen derartige Durchschnittsberechnungen gar nichts, weil die ertraglosen Unternehmen die Riesengewinne „dämpfen“. Dagegen ist die Betrachtung der einzelnen Gewerbegruppen sehr lehrreich. In der

Spitze aller Berdiener

marschieren, wie schon seit Jahren, die Berdienergesellschaften mit 33 Prozent Durchschnitt. Trotzdem wagt niemand, diese überreiche Frucht zugunsten des Staatsmonopols zu pflücken! Darauf folgt die konsillierte und konzernierte chemische Industrie mit 16,19 Prozent (i. B. 15,19 Prozent). Bei über Kleider- und Stiefelnot betrübt ist, findet vielleicht Trost in der Durchschnittsdividende von 12,45 Prozent der Bekleidungs- und den 14,63 Prozent der Bedienerindustrie. Auch Eisen gewerbe, Bergbau und Hüttenbetriebe rentieren sich mit 12,78 Prozent und 12,45 Prozent noch „einigermaßen“. Doch kann nur wiederholt darauf hingewiesen werden, wie sehr man sich hätte rufen müssen, welche Durchschnittsberechnungen als Spiegelbild der tatsächlichen zu nehmen. Das Durchschnittseinkommen ist in Preisen gestiegen, aber die Zahl der unter dem Existenzminimum lebenden ist trotzdem höher als früher. Wenn von zehn Leuten möglich je fünf gleich essen, so verzehren sie nach der Durchschnittsstatistik jeder täglich ½ Pfund. In Wirklichkeit kriegen fünf aber nicht! Deshalb man mit der Statistik so ziemlich alles beweisen kann! E. A.

Neue Saft?

Aus Berlin wird uns geschrieben:

In Parteikreisen sind Gedanken und Zweifel lebendig geworden, ob die Saft, die unter Reichstagabstimmung am Schluss des letzten Tagungabschnitts eingeschlagen, die richtige war. Zum Träger dieser Stimmen machte

Frankfurter „Volkstimme“, in der zunächst Genosse Doktor Max Quard den Verlauf der Rühlmann-Saft behandelte und scharfe Kritik daran übte, daß die Wahl des Nachfolgers ohne Mitwirkung des Reichstags erfolgte. Freilich hing mit dem Reichstag bestrebt nicht das minderwertige Vertrauen-

verhältnis. Unter solchen Umständen bleibe „ein pariser Erdenkreis, zu trogen peinlich“. Und manche redeten mit der „Frankfurter Zeitung“, daß das Ausscheiden aus der Reichstagsmehrheit jedenfalls unsere Fraktion die entsprechende Antwort auf die

Mut und Tatenlosigkeit der Mehrheitsmehrheit gewesen wäre.

Dort gibt es, daß die Mehrheitsbildung und unser Einfluß in ihr sicher das einzige Mittel sei, das Parlament zur Macht zu führen. „Aber es wäre denkbar, daß durch eine zeitweilige Erneuerung und durch die Berufung an das Land in der Parlamentsperiode sehr wohl eine entschlossene und aktiveren Taktik der Mehrheit als bisher zustande gebracht werden könnte.“

Ein folgender „A“ unterzeichnete Artikel desselben Blattes führt größeres Geschäft auf. Er ist unter dem Eindruck jener Veröffentlichung der „Norddeutschen Allg. Zeit.“ geflossen, aus der hervorging, daß sich der Reichskanzler am Donnerstag über Belgien weit weniger befriedigend ausgesprochen hatte als am Freitag. Er stellte an die Partei und das Reich die Frage: Quo vadis?

Wohin geht du?

und forderte die baldige Einberufung eines Parteidags, der für die Partei- und Fraktionsspolitik klare Richtlinien geben sollte. Das Spiel, das im Reichstag gespielt werde, sei schon zu bekannt, die Ungeheuer der Massen zu groß!

Und hier haben wir ein Wort an unsre Fraktion zu sagen! Nachdem sie seit 4 Jahren das Regierungssprogramm, das gar nichts ist, inwendig und auswendig genau kennt, mit verbundenen Augen vorwärts und rückwärts lesen kann, wie durfte sie sich diesmal nicht so leicht einzutzen lassen? Wie kommt sie wieder in die allgemeine Humanitätsübung verfallen? Mit einer glänzenden Scheidemarke ist es wahnsinnig nicht getan, sonst wird das Volk irre und beginnt an uns zu zweifeln. Von Brüder noch lange keine unabhängigen Vortheile zu machen und kann doch eine feste Politik treiben zum Wohl von Staat und Volk und zum Wohl der ganzen Menschheit. Es muß hier offen gesagt werden, soweit es sich im laufenden Rahmen einer Logeszeitung ansprechen läßt: unsre Fraktion hat diesem Verzug. Sagen wir es offen: das ganze Volk war diesesmal voller Hoffnungen auf die Partei, daß dieselbe die Fackille mit der Regierung und dem Reichstag gleich zu bedienen würde. Nichts ist geschehen. Versäumt ist die letzte Gelegenheit.

A. sagt nicht ganz klar, wie sich die Fraktion seiner Meinung nach hätte verhalten sollen. Da er von „unabhängigen Vorzeichen“ spricht, gehört er wohl nicht zu den Leuten, die von einer Kreditablehnung durch die sozialdemokratische Fraktion irgendwelche Wunder erwarten. Was ihm vorausgeworben scheint, ist eine glatte Absage an die Mehrheit und die Regierung, die jedoch die

Fortsetzung der Kreditbewilligung.

nicht ausschließt. Stimmt das, so empfiehlt Genosse A. eine Taktik, die die Kritiker auch nicht zufrieden gemacht hätte. Die hätten dann gefragt, die Fraktion hätte es bei Worten bewidern lassen, denen Leute nicht gefolgt wären.

Somit scheint wenigstens insofern Übereinstimmung zu herrschen, als auch von den Kritikern der Fraktion anerkannt wird, daß die Frage der Kreditbewilligung nicht ausschließlich nach der Beurteilung der Regierungspolitik entschieden werden kann. Diese Aussöhnung entspricht auch durchaus dem geschilderten Werdegang unserer Haltung, denn am 4. August 1914 hat wohl kein Sozialdemokrat auch nur im entferntesten daran gedacht, durch die Bewilligung der Kredite eine Billigung der bisher geübten Regierungspolitik auszuspielen zu wollen. Damals stimmen bekanntlich auch die leichten Unabhängigen Partei für Man für die Kredite, und das haben sie sicher ebensoviel wie die anderen Sozialdemokraten in der Abstimmung getan. Bethmann-Hollweg ein Vertrauensvotum auszuführen. Sie stimmten für die Kredite unter dem Eindruck der Tatsache, daß

das Land in schwerer Gefahr

war und daß es zur Abwehr dieser Gefahr die Anspannung aller Kräfte bedurfte. Die sozialdemokratische Fraktion ist nicht der Meinung, daß diese Gefahr vorüber ist; sie besteht in Wirklichkeit weiter, solange sich Deutschland im Kampfe gegen eine so gewaltige Weltkoalition befindet, solange sich der Siegeswillen dieser Koalition noch so drohend vernehmen läßt, wie das alle Tage geschieht. Und diese Erwägungen waren in ihrer Stellung zu den Kriegskrediten ausschlaggebend.

Gibt man aber zu, daß die Kreditverweigerung nicht

das geeignete Mittel war, die Kriege zur Lösung zu bringen, so wird man sich der Erkenntnis nicht verschließen können,

dass die Stellung der Fraktion ungemein schwierig war. Auf der einen Seite bestanden sehr gewichtige Gründe der Auslandspolitik, einen Wechsel im bisherigen Verhalten nicht einzutreten zu lassen, auf der andern Seite war die Situation durch die Kühlmann-Krise und ihre unparlamentarische Erledigung bis zum Reihen gespannt. Die Fraktion tat, was sie nach ihrer Überzeugung und nach Überzeugung weitester Parteidreiecke tun mußte, indem sie sich wiederum zur Bewilligung der Kredite entschloß, sie glaubte dies aber nicht bedingungslos tun zu dürfen, sondern forderte

eine klare Erklärung

des Reichskanzlers über Belgien. Kurz, sie suchte aus der Situation herauszuholen, was aus ihr herauszuholen war. Man kann nun die Erklärung des Kanzlers wie man will beurteilen, aber man kann nicht an der Tatsache vorübergehen, daß sie in einem großen Teile der neutralen Presse und einem kleineren der feindlichen als ein Schritt zur gegenwärtigen Annahme aufgefaßt worden ist. Dass ist immerhin ein positiver Erfolg, den auch die Gegner der Fraktionstatigkeit unbefangen würdigen sollten.

Man wird der Fraktion das Zeugnis nicht versagen können, daß sie in einer ungeheuer schwierigen Situation positive Friedensarbeit zu leisten bestrebt war. Und die weitere Politik der Partei wird sich auf die dadurch geschaffenen Tatsachen stützen müssen. Der Machtkampf mit den Aldeutschen geht weiter, und er hat vorläufig keineswegs mit jenem gewaltigen Triumph der Gegner geendet, als welcher die Entlassung Kühlmans zunächst erschien. Die Erklärung über Belgien kann

eine Wendung zum Bessern

bedeuten, wenn die Kräfte, die sie erzeugt haben, rege bleiben und in der gleichen Richtung weiter arbeiten. Ein Vertrauensvotum hat die Fraktion der Regierung nicht ausgestellt, sie hat ihre Erklärung zum Etat nicht widerrufen.

Die Reichstagsmehrheit würde allerdings bedeutend mehr Zielflächte, Selbstbehauptsein und Initiative entwickeln müssen, wenn ein dauerndes Mitarbeiten der Sozialdemokratie in ihr möglich sein sollte. Die Aussöhnung ist allgemein, daß die Regierungs- und Mehrheitskrise nicht gelöst, sondern nur bis zum Herbste vertagt ist. —

Was der Krieg bringt.

Ausbreitung der Gegenrevolution.

Seit offizieller russischer Meldung ist Simbirsk an der Wolga trotz verzweifelter Gegenkehr der Rotarmetruppen von den Ljewowoljaken genommen worden. Mit dem Zolle von Simbirsk ist nicht nur das late Bolganjer, sondern auch ein Teil des Territoriums westlich der Wolga in die Hände der voranmarschierenden Ljewowoljaken gefallen. Die „Rote“ steht hierzu sehr besorgt:

Der Aufstand breite sich aus wie ein Deluge auf dem Papier. Rote wie Einschüsse vom Gewehr explodieren werden. Simbirsk war einer der Rückenstellen der Ljewowoljaken, zugleich eine Seidenfabrik. Die Gefahr ist groß, ja sehr groß. Der Feind ist gekämpft und gut organisiert. Wenn der Zoll Sowjet (auf dem Gebiet über der Wolga, Städte der Wolga und Siberien) die Arbeiter nicht ungenügend hat, so auch der Zoll von Simbirsk des Proletariats mit Rittern und Rogen für das Sozialistische Proletariatsstaat zu errichten.

Ein Sieg der Rote steht vor Jahren nach Warschau, Krakau und an die polnisch-slowakische Front ohne militärische Unterstützung des Kriegsministeriums. Unterdrückende werden mit dem Ende befreit. Die Rasse ist auf der Höhe ausgehungert.

Auf der Warschauer Konferenz der Sozialdemokratie steht Europa am 23. Juli eine längere Rede über die Lage der Revolution. Die Rote habe sich in Europa sehr stark gemacht, um internationale Verbündungen als auch durch gegenrevolutionäre Revolutionsmachten und die damit verbundene Verbündeten zu erhalten. Das russische Proletariat erkennt jetzt wohl, daß eine unentbehrliche Verstärkung des Krieges der russischen Revolution das vereinigte Eintragen der Arbeiter der ganzen Welt oder einiger weit entweder kapitalistischer Länder sei. Zur Rache sei es jetzt gerecht, die Revolution zu beginnen, daß unerträglich schwer, sie fortzuführen und abzufangen. Kämpferischer Geist gegen bei der Regierung der Revolution ist einem so voll organisierten kaiserlichen Lande wie Deutschland, doch zu leichter bei dort die Durchführung.

Unter den Breiter Frieden steht Seite, daß die Rote Regierung ebenfalls nicht, bezüglich ihrer Mutter- und Kinder- und Erziehungsvertrag Russland an Deutschland gegen Russland und gegen andere Macht ziehen müsse. Doch nicht der mehrjährige Beruf der Russen Sozialrevolutionäre, Russland kann Entwicklung des Sozialen Marktes, in den Krieg mit Deutschland zu verhindern, ist ein Mittel, dem Breiter Berufung zu entgehen. Ein Krieg sollte gewonnen werden durch gemeinschaftliche Verbündungen des Proletariats und der armen Bevölkerung.

In Wien, der Hauptstadt der Ukraine, die unter russischer Herrschaft steht, hat ein Gangregierungskabinett Karlsruhe festgestanden. Die Rote Regierung hat die Errichtung einer sozialistischen Monarchie über einer Karlsruhe festgestanden.

Rituals Ende.

Angesichts der widerstreitenden Meldungen über die Entwicklung des Krieges besteht eine Melancholie der Russischen Revolution. Die Rote Regierung willigt die Errichtung des Sozialen in Österreich-Ungarn im folgenden Jahr. Das sozialistisch-kritische Urteil der Russischen Revolution, bezüglich des Ergebnisses des Friedenstaatsvertrages

vor einem Monat die Sovjetregierung um Erlaubnis gebeten habe, den Zaren zu töten, weil man gegenrevolutionäre Maßnahmen befürchtete, um ihn zu befreien.

Zrokić kann trotzdem auf das Schreiben abweichen, je und der Kaiser wurde darauf auf ein Gut in der Nähe von Jelizavetburg gebraucht. Da zwei Wochen später ein Wiedervertrag auf den Zaren unternommen wurde, wurde Ritolas 2. wieder nach Jelizavetburg zurückgeführt. Bald darauf kam man in der Stadt einem Komplott auf die Spur, das beschäftigte, den Zaren wieder auf den Thron zu legen, worauf das Komitee bei der Regierung seine Bitte erneuerte, den Zaren töten zu dürfen. Die Moskauer Regierung gab auf das Telegramm des Komitees keine Antwort. Die Revolution erfolgte dann am 16. Juli.

Der Zer wurde am Morgen von zwei bewaffneten Soldaten aus dem Gefängnis in einem Auto aufgeholt der Stadt geführt, wo etliche zehn bewaffnete Rottardisten ihn erwarteten. Der Präsident des Komitees wies darum das vom Komitee gefallene Urteil vor. Das Todesurteil wurde vollzogen. Im Auto wurde die Leiche des Zaren fortgeführt. Das Komitee meldete die Hinrichtung des Zaren an die Moskauer Sovjetregierung, die den Vollzug des Rottardes bestätigte.

„Ritual“ liegt dieser Schilderung hinzu, daß der Verlust der Herrschaft nicht offiziell bestätigt werden könne, aber es sei jedenfalls anzunehmen, daß der Kaiser wirklich hingerichtet worden sei. —

* * *

Ende des englischen Freihandels.

Das englische Freihandel hat das vom sozialen System und Reichsvertragsgesetz geprägte System der Reichsverträge geprägt, die Reichsverträge sind in den Handelsverträgen eingebettet, ferner sollen gerade auf den Wirtschaftsverträgen in Russland geprägte Rechte sowie einige Sonderregelungen auf den Verträgen der Russischen Revolution, die über den Handel nach dem Krieg bestehen, eingetragen werden.

England benötigt nicht nur den Freihandel, sondern bereits ebenfalls auch den Wirtschaftskrieg nach dem Kriegsbeginn. Und seine Männer sind ihm well zu Diensten.

Es kommt, während nach der Revolution Russland, ein Weltmarkt gegen Russlands Industrie und Handel gehandelt, während das britische Mittelkontinent in der Russischen polnisch-slowakischen Kriegerfront und der Russischen Revolution untergegangen ist, daß Deutschland keine Handelsverträge mit Russland schließen kann. —

* * *

Gefahr für das Bündnis.

Der Österreich befreit besonders keine einzige sozialdemokratische Partei der österreichischen Nationalen, besonders der Alten und Neuen, ihre politischen Organisationen durch nationale Gewerkschaftsorganisationen berufen.

So ist auch die Stellung der sozialdemokratischen Partei zu töten. Besonders schwer der auswärtigen Politik, die verschiedene und national geprägt.

daß die Stellung der Fraktion ungemein schwierig war. Auf der einen Seite bestanden sehr gewichtige Gründe der Auslandspolitik, einen Wechsel im bisherigen Verhalten nicht einzutreten zu lassen, auf der andern Seite war die Situation durch die Kühlmann-Krise und ihre unparlamentarische Erledigung bis zum Reihen gespannt. Die Fraktion tat, was sie nach ihrer Überzeugung und nach Überzeugung weitester Parteidreiecke tun mußte, indem sie sich wiederum zur Bewilligung der Kredite entschloß, sie glaubte dies aber nicht

bedingungslos tun zu dürfen, sondern forderte

eine klare Erklärung des Reichskanzlers über Belgien. Kurz, sie suchte aus der Situation herauszuholen, was aus ihr herauszuholen war. Man kann nun die Erklärung des Kanzlers wie man will beurteilen, aber man kann nicht an der Tatsache vorübergehen, daß sie in einem großen Teile der neutralen Presse und einem kleineren der feindlichen als ein Schritt zur gegenwärtigen Annahme aufgefaßt worden ist. Dass ist immerhin ein positiver Erfolg, den auch die Gegner der Fraktionstatigkeit unbefangen würdigen sollten.

Man wird der Fraktion das Zeugnis nicht versagen können, daß sie in einer ungeheuer schwierigen Situation positive Friedensarbeit zu leisten bestrebt war. Und die weitere Politik der Partei wird sich auf die dadurch geschaffenen Tatsachen stützen müssen. Der Machtkampf mit den Aldeutschen geht weiter, und er hat vorläufig keineswegs mit jenem gewaltigen Triumph der Gegner geendet, als welcher die Entlassung Kühlmans zunächst erschien. Die Erklärung über Belgien kann

eine Wendung zum Bessern bedeuten, wenn die Kräfte, die sie erzeugt haben, rege bleiben und in der gleichen Richtung weiter arbeiten. Ein Vertrauensvotum hat die Fraktion der Regierung nicht ausgestellt, sie hat ihre Erklärung zum Etat nicht widerrufen.

Die Reichstagsmehrheit würde allerdings bedeutend mehr Zielflächte, Selbstbehauptsein und Initiative entwickeln müssen, wenn ein dauerndes Mitarbeiten der Sozialdemokratie in ihr möglich sein sollte. Die Aussöhnung ist allgemein, daß die Regierungs- und Mehrheitskrise nicht gelöst, sondern nur bis zum Herbste vertagt ist. —

Sehr viel deutlicher wurde der polnische Sozialdemokrat Dajzyński, der sich im Namen von zwei Dritteln der Bevölkerung zu der Erklärung ermächtigt glaubte, daß die Abhängigkeit Österreich-Ungarns von Deutschland ein nationales, politisches und wirtschaftliches Unglück sei. Das Ergebnis der sogenannten Vertiefung des Bündnisses mit Deutschland sei, daß Österreich militärisch, politisch und wirtschaftlich vollständig seiner Selbständigkeit beraubt und zu einem Balkanstaat Deutschlands heruntergedrückt werde.

Von den tschechischen Sozialdemokraten braucht kaum gesprochen zu werden. Einer ihrer Redner Soukup gab die Parole aus: Los von Deutschland! Und der Abgeordnete Tomášek hat, wie „Pravo Lidu“ meldet, im Budgetausschuß folgenden Aufruf gestellt:

Da die Ereignisse in Deutschland unzählig bestätigen, daß doch die Rote Partei die Oberhand hat, welche dem Deutschen Stempel angegliedert hat und welche nicht nur durch imperialistische Ziele, sondern auch durch großkapitalistische, antideutsche und volkssolidarische Kräfte geführt ist, fordert das Abgeordnetenhaus, Österreich-Ungarn möge dieser anregionistischen, imperialistischen Politik die Unterstützung verweigern und selbst Regie zur schnellen Beendigung des Krieges durch Schließung eines demokratischen Friedens suchen.

Ein andrer, der Mährer Lujza, glaubte die Urheber der vielbesprochenen Gerüchte über das österreichische Kaiserreich in Deutschland suchen zu dürfen. Anlaß dieser Behauptung ist, daß diese Gerüchte zuerst ihren publicistischen Erfolg in den „Leipziger Nachrichten“ gefunden haben, denen darum das Postblatt in Österreich entzogen wurde. Lujza behauptet, daß die Wirkung der Veröffentlichung geweisen sei, den österreichischen Kaiser durch eine terroristische Freiheitkampagne den deutschen Plänen gefügig zu machen. Diese Wirkung hat zum Ziel, aus Österreich eine deutsche Kolonie zu machen.

Die Mitteilungen Lujzas zeigen, wie ausgezeichnet ein alldemokratisches, dabei von Sensationslust geprägtes Blatt, wie die „Leipziger Neuesten Nachrichten“, den Gegnern des deutsch-österreichisch-ungarischen Bündnisses in die Hände arbeiten kann. —

* * *

Die „gefallte Kompostschüssel“.

Der „Kreuzzeitung“ hängt es vor der Einführung des gleichen Wahlrechts in den Gemeinden. Dort werde dann die große Rasse die Oberhand gewinnen. Ihre Vertreter würden vor allem das Beitreten haben, sich bei ihren Bürgern beliebt zu machen. Man werde die freie Schule mit freiem Aufstieg in die höheren Schulen für die Nachkommen einführen; die freien Lehrmittel würden sich ohne weiteres anschließen. Dazu komme dann die freie Schulprüfung, freie Erholung in den Ferienkolonien, Sängergesellschaften, Kindergarten usw. Für die Erwachsenen freie Krankenhauspflege, soweit die

Beilage zur Volksstimme.

Nr. 174.

Magdeburg, Sonnabend den 27. Juli 1918.

29. Jahrgang.

Die Großkopfeten.

Aus Süddeutschland wird uns geschrieben:

„Sommerfrisch“! Welch holben Klang hatte das Wort im Frieden. Das Auge sah Wälder, Berge, Seen und Wasserfälle, das Ohr hörte Zitherklänge, Fauchen und Hobelstahl.

Die Wälder, Berge und Seen sind noch da. Das Fauchen und Rödeln, der Zitherklänge ist verstummt. Nach gehen auch heute Tausende in die Sommerfrische. Erholungsbedürftige, die den Winter in engen, dumpfen Räumen verbracht haben, die nichts zu essen hatten, als was die vorgezeichnete Nationierung erlaubt, die tiefes Leid tragen und die in der schönen Natur Ruhe, Gesundung und Trost suchen. Aber außerdem geht in die Sommerfrische das Vergnügungspublikum, das in der Stadt herrlicher und in Freuden lebt, und das nun auf dem Lande noch herrlicher und in größeren Freuden zu leben hofft.

Der Hauptzug richtet sich natürlich nach Bayern, dem Lande, in dem noch Milch und Honig fließen soll. Nicht umsonst sieht man auf dem Münchner Bahnhof Platzkarte mit der Mahnung: „Unterhalt das unruhige Meisen!“ Fast überall steht mit Blei-

„Die Großkopfeten reisen doch!“

Die Großkopfeten, das sind die in Berlin Proben genannten, sie erreichen mit Recht die Empörung der bairischen Bevölkerung. Sie, die in der Stadt nur in luxuriösen Wohnungen mit Zentralheizung, Badkum, W. C. usw. leben können, wohnen jetzt im Hochgebirge in einfachen Kammern, Wand an Wand mit dem lieben Vieh. Ihrer Meinung nach haben die Kühe in Bayern nichts andres zu tun, als den ganzen Tag Milch zu geben für die „Großkopfeten“, die Hühner von früh bis spät Eier zu legen, die Dienstleistungen ihrer Hörner herbeizuführen.

Die parkettgewohnten führe scheuen den Mist im Kuhstall nicht. Gilt es doch möglichst viel von der schwürenden Milch zu erheben, von der die Nationierung nur ein Viertelliter pro Kopf gestattet.

Der Preis ist Nebensache. Die „Großkopfeten“ haben's ja. Der Bauerin wird die Butter aus der Kammer geholt. Die Hühner werden bewacht, damit kein Ei dem Auge des spähenden Großstadters entgeht. Für Honig, für Pilze, für Beeren werden Preise geboten, von denen man sich führt nichts träumen ließ.

Was helfen die strengen Anordnungen der Behörden, die jeden Bucher und Schleichhändler mit Gefangenstrafe bis zu 1 Jahr, mit Geldstrafe bis zu 10 000 Mark bedrohen.

Die Großkopfeten wussern und hamstern doch. In Scharen steigen sie auf die Berge, durchstreifen die Wälder. Die Damen tragen jetzt Ditzbilleider aus Seide, denn die baumwollenen Stoffe sind nicht mehr zu haben. Die Strümpfe sind durchbrochen. Die Buxusstiefel aus hellem Leder mit Abzügen von schwindender Höhe lassen nicht ahnen, daß wir eine so große Stiefelsohle haben. Damit man sie ordentlich bewundern kann, sind die Röde fahrfreier denn je. Auch die „großkopfeten“ Stadtherren sind herausgeputzt, als ob es zum Alpenball ginge, und so schneidig und unternehmend sehen sie aus, daß sich das Landvolk erstaunt fragt, warum die „Großkopfeten“ nicht lieber ihre Schneidigkeit im Schuhengraben präsentieren als im Gebirge, wo sie niemand damit nützen. Zeitungen werden möglichst wenig gelesen in der Sommerfrische. Es tut den Nerven nicht gut, wenn so viel von Tod und Graus die Rede ist. Ja, wenn mal wieder so ein fröhlicher frischer Sieg fällt. Da hätte man Gelegenheit, ein Fest zu feiern, Fahnen flattern zu lassen, Völkerschüsse abzugeben, die in den Bergen widerhallen. Aber dieser ewige Stellungskrieg ist für die Herrschäften eben langweilig auf die Dauer. . . .

Das verlassene Dorf.

Roman aus dem Dreißigjährigen Kriege von Friedrich Thiemann
(60. Fortsetzung.) (Fortsetzung verzogen)

Während des übrigen Tages berieten sich die Ehemänner über ihre fünfzig Schritte. Die Freiheit ihres Lebens würde hier weit schwieriger sein als in ihrem vorigen Versteck. Arne durfte hier nicht schließen, ohne daß man das Schloss im Tale vernahm, auch waren sie, sobald sie die Höhle verließen, der Gefahr des Geschenkverdens ausgesetzt. Höchstens konnte der Hauptmann versuchen, Kaninchen in Fällen zu fangen. Es blieb nur übrig, daß sich Margarete nach Abzug der Soldaten ins Dorf wagte und, ohne jedoch ihren Aufenthalt zu verraten, ihre Verwandten aufsuchte, um von ihnen für Geld und gute Worte die notwendigen Bedarfssatfel zu erhalten. Solange freilich die Feinde in der Gegend lagen, war auch dies unmöglich; sie mußten versuchen, ihre Bedürfnisse zu decken, so gut es ging. Es gab ja Früchte und Wurzeln, von denen sie im Notfall leben konnten, und verworfen waren sie nicht.

Das Wasser bildete den andern Teil ihrer Besorgnisse. Wie sollten sie in den heißen Sommerlagen ihren Durst lösen? Oder sich etwas kühlen? Einem Dorf hatte Margarete mitgenommen und Holz zum Feuern fanden sie leicht in der Nähe. Nur durften sie höchstens nachts wagen, Feuer anzuzünden, und nur im Schluß der hohen Hecken, damit die Flammen nicht gesehen werden konnten. Aber das Wasser? Eine Quelle war nicht in der Nähe.

Abends vor dem Einschlafen besprochen, sie sich angelegentlich über diesen wichtigen Umstand.

„Es gibt eine heilige Quelle in der Nähe, das ist diejenige, wo der Penitzenbach entspringt, der sogenannte „Hirschenbrunnen“, berichtete Margarete. „Aber eine halbe Stunde haben wir bis dahin, oder länger, da wir den Weg über die Berge nehmen müssen. Denn hinunter in

säme nicht ab und zu ein Feuergrau auf Urlaub,

in solcher Sommerfrische wußte man kaum, daß noch immer Krieg ist. Diese Urlauber aber haben vielen Nutzen, sich zu wünschen. Das Dorf ist klein. Nur auf der Post kann man telefonieren. Da wird ein Telephongespräch schnell bekannt. Ein „Großkopfete“ bestellt im Nachbarort ein Abendessen: Königinssuppe, Pfannkuchen mit Gemüse, Sachssorellen, Kuchen. Der Feuergrau möchte auch einmal sein Leibgericht: Pfannkuchen essen. Aber die Frau hat weder Fleisch, noch Eier, noch Schmalz im Hause. Der Feuergrau darf keine großen Ansprüche machen.

Die „Großkopfeten“ rücken sich zum Rücken und das Feuergrau greift tüchtig zu in der kurzen Urlaubszeit. Im Gebirge weiß man nichts von der Sommerzeit. Da gehen die Uhren alle eine Stunde zurück. Aber das Tagwerk beginnt, wenn die Sonne aufgeht und endet noch lange nicht, wenn sie untergeht. Alle müssen helfen, die alten Männer, die Frauen, die Kinder. Da will der Feuergrau nicht zurückziehen. Aber Gedanken macht er sich doch. Er denkt an sein Leben im Schuhengraben, im Schlamm, ohne Licht, gleich dem Maulwurf. Er denkt an die tagelangen Märsche, mit dem schweren Gerät auf dem Rücken. Er denkt an die Gefahren, die ihn umlauern, Tag und Nacht, daß er nicht weiß, ob er das nächste Mal mit gesunden Gliedern heimkommt, oder ob er überhaupt wieder kommt. Er vergleicht sein Leben mit dem der Großkopfeten in der Sommerfrische. Kein Wunder, daß Bitterkeit in ihm aufsteigt, daß er dieser Bitterkeit auch Ausdruck gibt.

„Die Saat geht auf.“

meinte einer der „Großkopfeten“ mit Grabsstimme, als er ein Gespräch von Feuergrau mit anhörte. „Die Saat“, damit meinte er die Unzufriedenheit, deren Ursache natürlich die Sozialdemokratie ist. Vergessen ist das Kaiserwort: „Ich kenne keine Parteien mehr!“ Vergessen ist, daß ohne die Sozialdemokratie die Befreiung des Vaterlandes überhaupt nicht möglich wäre, vergessen, welche Opfer an Gut und Blut von den Sozialdemokraten ebenso gebracht werden wie von den Anhängern anderer Parteien.

Feuergrau: „Die Saat geht auf!“ Es ist die Saat, welche die „Großkopfeten“ hinaustragen von der Stadt auf das Land. Die Gegenseite werden verächtlich, nicht überdrückt. Die einen leben in Überfluss, die andern in Not, die einen „schieben“ mühselig, die andern brechen vor Arbeit zusammen. Eine einen sehnen den Frieden herbei, den anderen dauert der Krieg nicht lange genug. Wie wahr ist der schöne Spruch, der an einem Regenzeit Haus steht: „In Frieden, was bist du für ein edler Schatz, und hast doch auf' Edem so wenig Platz.“ „Schade, doch man ist nicht jedem „großkopfigen“ Sommerfrischler ins Stammloch schreiben kann.

Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, 26. Juli 1918.

Was geht alles „Nährwert“ hat.

Heute den Nährwert der verschiedenen Nahrungsmittel haben Autoritäten in der Kriegszeit Urteile abgegeben, die oft Bestreitungen erregen müssen. Auffällig ist jedenfalls, daß gegenwärtig manches Genuss- und Nahrungsmittel als nahrhaft bezeichnet wird, was man vor dem Kriege als wertlos, minderwertig oder für den menschlichen Magen als unbekömmlich betrachtete. So wurden Pilze von manchen Autoritäten als wenig Nährstoff enthaltend gezeichnet und das Schach in allgemein als schädlich bezeichnet. Heute ist letzteres unschädlich und die Pilze sind außerst nahrhaft. Gestierfleisch wurde aus Gesundheits-

das Tal zum Penitzenbach selber dürfen wir uns nicht wagen.“

Darauf verzogt Arne entschlossen: „Doch, Gretchen, ich werde es tun. Wenn das der Bach ist, den Du mir zeigtest, wie wir hierher gingen, so kann die Gefahr nicht groß sein. Ich wage mich im Dunkeln hinunter und fülle unsern Topf.“

Damit war Margarete schließlich zufrieden, so daß beide in Ruhe und Hoffnung entschlummerten. Diesmal war ihr Etwachen am andern Morgen kein so friedliches wie gestern. Arne sprang zuerst auf, er hatte ein Geräusch am Eingang der Höhle vernommen, und als er hineilte, nachzusehen, traten ihm sechs Soldaten mit den Musketen im Anschlag entgegen. Hinter diesen stand ein in armelosen Lumpen gehüllter Mann, aufseinen ein Bauer, dem schmalem Haar wie um die Stirn hingen.

„Ergebt Euch, Ihr seid unser Gefangen!“ rief der Führer der sechs in beschließendem Zone. Es war ein Offizier, ein Hauptmann, wie Arne selber, ein noch junger Mann mit wildem Haarschnitt und einem Geiste voller Entschlossenheit in den grauen Augen.

Arne sprang zurück, um seine Waffen zu holen, der Offizier war wie der Wind hinter ihm draußen. Gleichzeitig war auch Margarete, tödlich erschrocken, aufgestanden.

„Verrat!“ schrie ihr Gott zu ihr zu. „Nimm meine Hände, Margarete, es gilt Leben und Freiheit!“

Er ergriff eine Pistole und legte auf den Offizier an. Dieser sprang zu Seite und warf sich seinen Säbel zwischen, auf den jungen Mann, indes seine Begleiter zur Unterdrückung herbeieilten. Margarete wußte in ihrer Angst nichts, was beginnen. Ihr Mann war von preis der Musketiere gepackt worden, trocken webte er mit wie ein Majader. Da hob der Offizier den Säbel — Margarete stieß entsetzt auf und im nächsten Augenblick drohte der Schlag, und die Muskete, die sie gehalten, rutschte ihrer Hand. Totenbleich sank sie zu Boden. Sie hatte einer

rücksicht nicht nach Deutschland gebracht werden, heute würde man nichts dagegen haben. Die Kleie gab es früher nur für das Vieh. Jetzt essen sie die Menschen in Gestalt von Brot und das Vieh muß darauf verzichten. So die Kohlensäure, Weinsäure und Milchsäureblätter als Spinat und manches andre Gewächs. Dazu kommt noch der Tee, der im Suppenmehl und in den Suppenwürfeln enthalten ist und den Menschen mit als Nahrung dienen muß.

Jetzt verrät auch eine Mitteilung, die der „Kriegsausschuss für Kaffee, Tee und Getreide-Ersatzmittel“ macht, die Geheimnisse des „Kaffee-Ersatzes“. Es heißt darin:

Nach Versuchen, die im Kaiserlichen Gesundheitsamt angestellt worden sind, eignen sich Steinpflanzsätze, Haselnusschalen sowie Pflaumenkerne (Steine) zur Herstellung von Kaffee-Ersatzstoffen auch dann nicht, wenn sie in Mischung mit andern, hiesige brauchbaren Stoffen verwendet werden. Mandelschalen sind in ihrer chemischen Zusammensetzung den Pflaumenkernen und Nusschalen sehr nahestehend, es kann daher angenommen werden, daß sich Mandelschalen zur Herstellung von Kaffee-Ersatzstoffen ebensoviel eignen wie Nusschalen und Pflaumenkerne. Ferner sind ungekocht zur Herstellung von Kaffee-Ersatzstoffen: Holzmehl, Korn (!), Treber und ausgelagerte Getreidearten usw. Außerdem sind gründlich alle solche Pflanzennüsse bei der Bereitung von Kaffee-Ersatzmitteln auszusäubern, die stark wirkende oder giftige Stoffe enthalten, wie entbitterte Kappe, oder die Samen des Kornkrautes des Wiesenrautes usw. Das gleiche gilt für die übrigen Steinpflanzen, wie Kirschen, Aprikosen, Pfirsiche. Darüber hinaus ist, daß solche Pflanzennüsse zur Bereitung von Kaffee-Ersatzstoffen geeignet sind, denen ein größerer Gehalt an Bader oder Stärke eigentlich ist. Der Einzugsgehalt der Nusskerne ist für die Menge des in den Kaffee-Ersatzstoffen vorhandenen wasserlöslichen Bestandteile ohne größere Bedeutung. Dagegen sind die Einzugsstoffe an der Bildung von Geschmacksstoffen wesentlich beteiligt.

Nach dieser amtlichen Mitteilung zu urteilen, scheint man auf gewöhnlicher Seite den Versuch gemacht zu haben, die unmöglichen Dinge, wie Nusschalen, Korn, Holzmehl und so weiter, als Kaffee-Ersatz zu verwenden. Die Untersuchungen des Kaiserlichen Gesundheitsamts haben dem ersteuerliche einen kleinen Siegel vorgesetzt. Immerhin mag noch manches Rechtiges auszulösen würde.

Der menschliche Magen muß sich eben jetzt oft mit Stoffen füllen, die elektrisierend sind und in bezug auf Nährwert den Körper betrügen. Das trifft auf alle zu, die auf die rationierten Lebensmittel angewiesen sind. Sie können den Wert der jetzigen Nahrungsmittel ohne Einsicht der Autoritäten selbst praktisch erproben. Sie fühlen die Körperkräfte mehr und mehr schwächen, so daß sie einer feindlichen Krankheit keinen Widerstand leisten können. So ergibt es der großen Weisheit der Bevölkerung. Daneben lebt ein erheblicher Teil der reichen Leute fast wie im Frieden und genießt die den wöchentlichen Nährwert enthaltenden Stoffe. Wir könnten wiederholte feststellen, wie ihnen durch Schleichhandel und ihre Beziehungen zu Gutsbesitzern, die Quellen, die Butter, Eier, Fleisch usw. enthalten, zur Verfügung stehen. Wenn diese Leute nur einige Wochen das Los der untern Volkschichten zu teilen hätten, würden sie über Krieg und Frieden bald zu einer andern Meinung kommen. —

Die Schützertingschlacht.

Zur Vorstellung des Bildungsausschusses am 29. Juli.

In dieser Komödie leuchtet Sudermann in eine stillle Sumpfszene der bürgerlichen Gesellschaft hinein. Grelle Schlägertassen fallen auf die Verlegenheit jener durchaus nicht kleinen Schrift unserer Bevölkerung, die aus den sogenannten besseren Standen hinabgeglitten ist ins Proletariat, der es aber an Mut fehlt, sich zur Arbeitersklasse zu beitreten, mit ihr gemeinsamlich den Kampf

Menschen erschossen, hatte Blut vergossen — der junge Offizier taumelte und stürzte nieder mit einem schmerzlichen Aufschrei. Margaretes Augen war ihm durch die Brust gegangen.

„Mit mir ist's aus,“ stöhnte er. „Ergebt die Mörderin — laßt sie der Strafe nicht entgehen.“ Mit diesen Worten verließ er.

Arne war indessen von der Mehrzahl trotz seiner wütenden Gegenwehr überwältigt worden. Nun wachten sich die Leute auf Margarete, die sich willig die Hesten anlegen ließ. Sie war noch nicht Herrin ihrer Leib, es wogte und flutete vor ihren Augen. Mit Grauen blieb sie noch ihrem Opfer und schwer rohend rong mit der Stiel aus ihrer Brust. Was hatte sie getan? Und doch war es nur in der Notwahr geschehen, zur Rettung des Geliebten! Sie konnte nicht anders handeln. Und dann — was sollte ihr noch die Freiheit, da er in den Händen seiner Feinde war?

Nog packte sie einer der Soldaten an der Schulter.

„Vorwärts, Dirte — marsch mit mir!“

„Wohin wollt Ihr uns führen?“ erkundigte sich Arne trocken.

„Guth zur Gefangenschaft, die Dirne zum Prosch.“

„Es ist keine Dirne, Biße, sondern meine Ehefrau.“

„Gleichwohl, sie hat einen Offizier, den Bruder unseres Eheleben ermordet,“ erwiderte finster der Soldat. „Das wird sie überstehen, verläßt Euch darauf.“

„Sie hat es in der Verteidigung getan.“

„Sie ist kein Soldat und hat nicht das Recht, sich zu wehren, wie Ihr, Bormoris!“ Und der rohe Mensch trich die gebundene junge Frau mit einem Schlag zu schnellerem Laufen an.

„Schurke,“ donnerte ihn Arne an. „unterstich Dich, Dich noch einmal an Ihr zu vergreifen! Ich bin Hauptmann im blauen Regiment, Du sollst mir büßen für jede Verteidigung, die meiner Gemahlin geschieht!“

(Fortsetzung folgt)

• er wünschen für die Bedeutung des ganzen Volkes. Sie wollen etwas andres sein und wieder höh' kommen, mit welchen Mitteln auch immer. Mag der Magen leer bleiben, wenn nur nach außen der Schein gewahrt wird. Demütingungen ohne Zahl, heimliche Tränen, stete Furcht vor Gläubigern, Ausbeutung durch Geschäftleute für salonfähige Arbeiten wie Stidereien, Malereien und andre „jeine“ Handarbeiten sättigen ein bitteres Märtyrerthum und eine Umwelt von Unmenschlichkeit. Sind Söhne vorhanden, jagen sie nach einer guten Heirat, und wo Töchter blühen, werden sic von der Mama zu Artistinnen des Männerfanges ausgebildet. So viel über den sozialen Untergrund des Schauspiels; über die Handlung selbst soll hier nichts gesagt werden, die verfolgt der Zuschauer besser vor der Bühne.

Dagegen wäre einiges zu plaudern über die Personen, wie sie der Dichter geschart und die Darsteller sie uns verföpfern. Da ist der alte Windelmann. Eine Probe des pfennigzürrenden Ausbeutertums ältester Schule. Dieser grämende, mißepetige Kunde würde sich lieber sämtliche Fingerspitzen abhauen lassen, ehe er freiwillig einen Pfennig Zulage gäbe. Alles ist ihm nur Objekt zur eigenen Veredelung, selbst Sohn und Schwiegertochter. Das Gegenzünt zu ihm ist sein Neisender Schäfer, ein flotter Kerl, der sich Geld zu reden kennt, aber es auf ausgibt, und in seinen Vergnügungen moralisch nicht eben mehrwertig ist. Einen kleinen Rest anständiger Gesinnung hat er sich aber bewahrt, und gerade durch dieses Restchen kommt er um die Leihhaberschaft im Geschäft Windelmanns. Weitans interessanter ist die Familie der Steuerinspektorswitwe Hergenthelm, Mutter und drei Töchter. Ein Glanzstück ist die Szene, in der diese Dame den zweiten Tochter Unterricht im Verkehr mit Herren gibt. (Gossentlich zerstört nicht unumgebrachtes Lachen im Zuschauerraum die Wirkung.) Aber es greift den außergewöhnlichen Herzer auch das Herz, wenn diese Mutter — blamiert bis auf die Knöchel — vor dem alten Windelmann steht und ihm vorredet, daß die armesigen Großchen, die er der jüngsten Tochter für das Gemalen von Kindern mit Schmettelingen zahlt, noch eine Riesensumme wert gegen die Pfennige, die der Familie bei andern Blutjürgern für Tage- und nachtlanige Arbeit hingeworfen würden. Eine außergewöhnliche Großherzöglische ist die älteste Tochter, die mit ihrer Witwenhaft isoliert und auf heimischen Bogen strubbelos Liebesabenteuer jagt. Sehr süß, aber nicht weniger hochmütig und darum ist die zweite, während die jüngste Tochter als ein von ihrer Umgebung noch unberührtes Kind vor uns steht. Eine Lieblingsfigur des Dichters ist der Mann mit gebrochenem Rückgrat, wie wir ihn im „Johannistanz“ schon kennengelernt haben; er ist hier der Sohn des alten Windelmann. Einige für die Handlung weniger belangreiche Menschen wird man in der Vorstellung noch kennenlernen. Und ob der Ausgang der Komödie mehr oder weniger „richtig“ ist, darüber mag man sich auf dem Heimweg von Sonntag abend unterhalten.

Röth einmal die Kartoffel-Potronullen.

Seine unjaren geprägten Besonderungen zu der Bekanntmachung des Regierungs- war unberücksichtigt geblieben, daß der Regierungsrat für diese Woche eine dritte Sitzungssitzung, nämlich die Woche 6, in Kraft gesetzt hatte. Daraus zeigt sich die laufende Woche die Fortschreibung auf 6 Stunden. Die 4-Stunden-Sitzung ist also zunächst überzugehen. Seine Forderung heißt nun der Regierungsrat mit, daß für die nächste Woche aus Woche 7 und 8 zusammen 5 Stunden freigegeben werden. Es präge aber zu hören, daß auch aus Woche 9 in der zweiten Hälfte der Woche Sitzungssitzungen abgegeben werden. Es zeigt sich also eine Fortsetzung aus verbesserte Fortsetzung. Zu wünschen ist, daß sie sich erhält.

Der Regenzeitzyklus kann weiter...

Bei Mängeln bei einer gezielten Siedlungsverjüngung zur
Neubesiedlung, doch die unangestrebte Verjüngung durch „Siedler-
märkte“ entgeht. Sie bringt ja, welche der eingetragenen ein-
zelnen Siedlungen erzielt — und es kommt sehr, wie gegebenen-
maßen ist, dennoch nicht nur ein einziger Stand —, jedoch für
die Fortentwicklung der Siedlungsweise. Wenn von den 150 000 Sied-
lern, welche der Staat Maßnahmen bei den Besiedlungsmitteln
unterstützt hat, nur die ein erheblicher Teil infolge der politischen Weisung durch die Staatsmacht der all-
gemeinen Verjüngung entgegengesetzt seien. Wenn es nicht gelingen
könnte, die Siedlungsstellen einzudichten, je nach dem in Be-
tracht zu ziehender Verjüngung bestimmter Maßen.

Der sehr erfreuliche Menschen-Denkplex „geprägt“ werden, wird dem uns nicht bestritten. Wie uns weiterhin wird, werden wir einer längeren Diapositive allein 200 Zeichen „geprägte“ Denkplexen berichten. Wenn in jedem Tage Gedanken-Denkplexen geprägungswertigkeiten haben, mag allerdings die Wiederherstellung bestehen lassen. Und wenn bei dem bestehenden Stand auf demselben alten Stand und Zustand unserer Freunde gesetzt wird und jüngste Veränderungen angezeigt werden, dann ist das nicht mehr genug zu betrachten und muss berücksichtigt werden. Und das Kennzeichen der vielen, vielen Menschen bestimmt kann schließlich nicht eine Wirkung auf die eigene Veränderung haben. Wir halten aber vor unserer Meinung fest, dass mit Gedanken und Gedankte keine Wirkung mehr nicht zu befehligen sind. Nur haben die Ergebnisse ihrer Praxiswirkungen in ungewöhnlicher Veränderung, in Abhängigkeit der Gedankenwirkungen offen gestanden. Einiges und Rechtliches hat aber keine Organisation und bringt keine Veränderung. Ein Mann kann durch diese einige Wirkung haben als lebte Gedankte eines Organisations, aber auch nur als solche. Wenn hat im Prinzip den Punkt und den Gedankensatz sonst mit Gedanken zu befreien gewollt. Die Gedanken sind Güter geworden, die Sachen sind Güter, die Menschen aber keinen solchen wertvollen Wertvollen.

Selten kann man eine so lange geplante Organisation als jetzt in den Händen der Stenographen entdeckt haben und nicht die Abschaltung und Sicherung der Nachzugszeit. Daß der eigene Verlust der Geheimnisse am Schluß so gering war, daß die bestenscere Polizei nicht gegen sie vorgehen kann, mag die Praktizität kein anderes Werk, als "Die Ritter" zu beschreiben. Sicherlich wird jetzt eine helle Wut auf die ersten Geheimnisse bei uns gegenübertreten, aber diese Wut wird sich bald auf die anderen übertragen, weil weiteren Verdächtigen nach wie die Geschäftswelt in der Welt voraussehen ging — die Industrielle gewisslich —, weil eine Gewaltentstehung auf dem Spiele. Daß das Schauspiel brauchbar, für Menschenkenntnis zu sein scheint, war im Geschäftlichen eine ausgezeichnete Organisation erforderlich. Wer kann gewisslich mit, daß durch Schauspieler Geheimnisse gewandt werden sollen, die bestimmt werden können, daß sie nicht mehr lange leben werden soll. Die Sicherheit sollte nun nicht leichter und sicherer werden, als durch die Verwendung von Geheimnissen und den fortwährenden Wechsel des Geheimnisses und den fortwährenden Wechsel bestehen. Es soll nicht möglich sein, daß durch Schauspieler geheimnislos gewandt und auch im geheimen bestellt und wenn die Geheimnisse jetzt bestehend erledigt? Daraus folgt, daß die Sicherheit nicht die einzige geheime Organisation sein wird, die geheime Organisation nicht so leicht ist. —

* Straßenbahn-Wochenkarten. Da der neue Straßenbahn-Tarif am 1. August in Kraft tritt, so werden die Arbeiter vom Magistrat hierdurch nochmals darauf aufmerksam gemacht, sich rechtzeitige Arbeitserfolgskarten zu beschaffen. Bei der erstmaligen Ausstellung dieser Karten sowie jedem Wechsel des Arbeitsverhältnisses muß eine Beliehnung des Arbeitgebers beigebracht werden, für welche Bedruckt durch die Ausgabestellen der Straßenbahn (die Straßenbahnhäuser Eudenburg, Neue Renstadt, Budam, Wilhelmstadt und das Hauptbüro an Alte Wirkstraße 10) unentgeltlich abgegeben werden. Der 1. August aus einen Donnerstag fällt, so ist zwischen Stadt und Straßenbahn die Vereinbarung getroffen, daß für die Tage vom 1. bis 3. August ansonstenweise Arbeitserfolgskarten für $\frac{1}{2}$ Woche ausgegeben werden. —

— Zur Förderung der Schuhindustrie. Der Nationale Fronten dient wird in nächster Zeit seinen verschiedenen Arbeitsabteilungen eine neue und vor allem eine sehr zeitgemäße Abteilung angliedern. Es handelt sich um die Errichtung von Schuh- und Stiefelfabriken für alle Kreise der Bevölkerung. In diesen Fabriken soll es sich nicht nur darum handeln, nur theoretisch die Ausseidigung von Schuhen und Stiefeln zu erlernen, sondern jeder Teilnehmer kann sich den angemessenen Bedarf an Schuhzeug selber herstellen. Alle Sorten Absätze aus Lach, Ledet, Leinwand können dabei verwendet werden. Unter der Leitung von 14 Lehrerinnen sollen Tagesfertig zum Preise von 10 Pfund und Abendkarte für die minderbenimmte Bevölkerung zum Preise von 3 Mark eingerichtet werden. Betriebsmittel, Materialien und alle zur Schuhherstellung notwendigen Materialien und Werkzeuge sind bereits in genügender Menge vorhanden. Ebenso ist für Lederteifel zu den Sohlen und Abdicken der dort einzusetzenden Schuhe Sorge getragen. Bei der amtierenden Fert. die gerade auf diesem Gebiet vorhanden ist und mit jedem Tage größer wird, gehört keine Propheten-Gabe dazu, um vorauszusagen, daß zu diesen Farben ein lebhafter Andrang stattfinden wird. Dies um so mehr, als die uns dort gezeigten fertigen Produkte recht gefällig in der Form und kaum von Ladenarbeiten zu unterscheiden waren. Das Höhere darüber werden die in den nächsten Tagen erwartende Bekanntmachungen des Nationalen Frontendienstes bringen. —

— Ganz für nur die Rente. Der Majestätsverlehrte August S. beto-
gog vor der Magdeburgischen Baumgewerks-Berufsgenossenschaft für eine
durch eine Kapitalerziehung verurteilte Gehaltskürzung die Vollrente von
100 Prozent. Am Oktober 1917 ließ die Berufsgenossenschaft vom
Dr. S. ein Gutachten erstellen, und dieser Sachverständige bestreite
eine hochgradige gerechte Schwäche. Es handle mit einer leichter Schwach-
heit, die physische Verkürzung und Schwäche seien angeboren und der
Berlehrte sei nur um 50 Prozent in seiner Geschäftsfähigkeit beein-
trächtigt, er könne leichte körperliche Arbeiten verrichten. Darauf wurde
die Rente auf 80 Prozent ermäßigt. Der bürgerliche Mann ließ durch
seinen Arbeitgeber-Sekretariat Berufung einlegen, wodurch zu-
nächst erreicht wurde, daß ein Gutachten vom Rechtsrat Sanitätsrat Dr. B.
zu Magdeburg eingeholt wurde. Dieser stellte jetzt, daß infolge der da-
maligen, recht schweren Schädelverletzung mit nachfolgender Entfernung ein
schlechter Hinterkopf entstanden sei. Er handle einer greisenhaften Enddruck,
wodurch mit dem Kopf, zitiert, hat einen jugendlichen Gang, als es bei
leidestarken Leuten der Fall zu sein pflegt. Innerhalb aber hätte sich
in den letzten vier Jahren kein Zustand etwas geändert. Die Rente
von 80% sei daher angemessen. Nach der Berufungserfolg des Ober-
berufungsgerichts ist jedoch nach diesem Gutachten an, daß auch das Körper-
gewicht eines zugesetzten habe. Vom Betrieber des Flügels wurde
erfordert, daß es sich doch um einen subjektivistisch höher be-
stimmten alten Mann handle, dessen Zustand durch den Rentenfaktor
auf die Hemmung der Rente nur berücksichtigt werden könne. Die
erfolgreiche Verhandlung sei doch nicht darum, um ihm die Rente um
10% zu hängen. Das Oberberufungsgericht entschied, daß eine Rente
von 90% zu gewähren ist. —

— Die „spezielle Krebsheit“ ist keine Spezies! Nach einer kurzen Erörterung der Krebsgruppentheorie aufgegrundender Begründung sollte der Geiger der jetzt verfaßten „speziellen Krebsheit“ bestreit sein mit dem Ergebnis der in den Jahren 1889—1893 ausgeführten Untersuchungen. Diese Ergebnisse kann nach den letzten Fortschrittsberichten des Comités des Syndicats für experimentelle Therapie (vgl. Bericht a. d. Gesamtkonf. Prof. Dr. Selle, als würdevoll gelten. In den kleinen „praktischen“ Versuchsergebnissen, die Professor Selle zur Unterstützung der Behauptung geführt wurden, waren keine Kaffinenzähler nachweisbar. Derjenige Stomatologe, der bestreitet, der Geiger habe den „speziellen Krebsgruppen“ „Sonderheit“ nur festgestellt: Es ist ihm gelungen ein Kaffin (ausgesuchtes Gebüll) zu zerlegen in Steinpflanzen, welche mit Krebszellen besetzt sind. Professor Dr. Selle kommt aus und seiner Behauptung zu dem Ergebnis, daß das Ergebnis der „speziellen Krebsheit“ nicht mit dem „Kaffin“ zusammen stimmt, da

** Verzögerung der Friedensunterstützung. Es wird vom Ministerium bestätigt, daß die Zahlung auf die Schadensabstufungsstellen mit den Monaten 1901 bis 1900 noch für die Monate August und September in der Schadensgruppe II nicht den Schätzungen entspricht. —

— Die Entwicklung des Obf und Gemüte. Nach in diesem Jahre wird es den Rentzellenbehältern, ja selbst Überzeugungen in Zahl der Obf der Reichspolizei für Gemüte und Obf. in einer beschränkten Ausdehnung aus, um bei diesen geistigen Erziehungsanstalten und durch das Schiedsgericht ihres Standes nicht möglich sein, genügend Obf zu erhalten, um die notwendigste mindestens Menge Proben für die Rechtsmittel für den Winter vorzubereiten. Die Reichspolizei für Gemüte und Obf hat sich deshalb wie im Sommer dazu entschlossen, der gesuchte Überzahlbetriebe zwangswise in Selbstbestätigung Herkunftsmäßige haben sich die Gesuchten und Geprägtheit nach den Vorschriften der Lieferungsbestimmungen gehalten. Während im Sommer 60 000 benötigte Körner über 300 000 Meilen Gemüte abgezogen worden waren, unter ihnen 25 000 Körner über 120 000 Meilen bestimmt befinden, und in diesem Jahre unter einer Auslieferung von jetzt 90 000 Körnern über 320 000 Meilen Gemüte abgezogen werden. Es steht also mit weitaus beträchtlichem Gemüte überein. —

X Drei Schweine gestohlen. Gestohlen wurden: in der Nacht zum 24. d. M. aus einem Laden am Breiten Weg zwei Kaffee- und Zuckertonnen aus Porzellan und ein Kaffeebrenner; am 25. vormittags vor dem Hause Breiter Weg Nr. 169 ein Fahrrad (Fabriknummer 381241); nachmittags aus einem Schaukasten am Breiten Weg 32 silberne Ringe mit einem kleinen Eisenkreuz; in der Nacht zum 26. aus einem Stall in der Michael Straße zwei Schweine im Gewicht von etwa 90 und 40 Pfund und aus einem Stall in der Straße Altweserhüsen ein etwa 2 Zentner schweres Schwein. Die Tiere sind an Ort und Stelle geschlachtet. —

1. **X** Wem gehören die Kaninchen? Festgenommen wurde
der russisch-polnische Arbeiter Johann Stachowitsch, der am 25. d. M. in
einer Speisewirtschaft neun lebende Kaninchen — vier graue, zwei
weiße, zwei weiß und grau gefleckte und ein schwarzes mit weißer
Brust — die er in einem Sack bei sich führte, zu verkaufen versuchte.
In seiner Begleitung befand sich noch ein anderer Mann, der geflüchtet
ist. Der Eigentümer der Tiere wird ersucht, der Kriminalpolizei um-
gehend Nachricht zu geben. —

— Betriebsstörung. Unsre Straßenbahn zeigt bereits alle Gebrechen des zunehmenden Alters. Bald fehlt es hier, bald fehlt es da an dem innern Organismus, nicht der Direktion, sondern der Wagen. Wenn früher das Ausbrennen einer Sicherung schon etwas Außerordentliches darstellte und zu einer nur vorübergehenden Betriebsstörung Anlaß gab, so treten neuerdings schon kompliziertere Defekte auf. So auch am Freitag mittag gegen 1 Uhr, wo auf dem Breiten Wege an der Ecke der Ulrichstraße an einem Wagen der Linie 4 der auf dem Führerstand befindliche Kontroller versagte, der Motor infolgedessen nicht ansprang, was eine größere Ansammlung von nochkommenden Wagen zur Folge hatte. Erst durch das Einsetzen eines sachmännischen Führers gelang es, den widerspenstigen Motor und damit den Wagen zum Laufen zu veranlassen. Nach alledem scheint es doch, als wenn eine Generalrevision sämtlicher Betriebsmittel der Straßenbahn zu empfehlen sein dürfte. —

— Unfall. Der Auticher Herrmann B. fuhr am Freitag vormittag mit einem holzbeladenen Wagen in die Vereinfahrt des Hauses Breiter Weg 116, rutschte aus und erlitt einen komplizierten Bruch des linken Oberarmkels. Der Verunglückte stand Aufnahme im Krankenhaus Altstadt. —

Theater, Konzerte &c.

Mitteilungen der Direktionen

Sistoria-Theater. Heute Sonnabend als 7. Vorstellung im Lustspiel.
Zylus: Weh dem, der lügt. Sonntag nachmittag 3½ Uhr: Die spanische
Fliege, abends 7½ Uhr: Im weißen Rößl —

Städtisches Orchester. Sommerkonzerte Dienstags und Freitags
7 Uhr Stadttheater-Garten, Mittwochs 4 Uhr Salzquelle, Donnerstags
5 Uhr Vogelgesang. — 1345

Aus der Parteibewegung.

Grdmann in Selingen

Der Unabhängige Abgeordnete Dr. Erdmann hat an das sozialdemokratische Presse-Bureau einen Brief gerichtet, in dem er auf den von diesem Bureau verbreiteten Bericht über das Verhalten der Gosinger Unabhängigen in der Scheidemann-Versammlung sich auspricht. Erdmann beanstandet den in dem Bericht stehenden Satz: „In der Mitte der Straßmacher saß, plump wie ein Fisch, der geistige Oberleiter des Kaffeels, der Reichstagsabgeordnete Dr. Erdmann.“ Er sei vor dem Parteivorstand der Unabhängigen nach Solingen gesandt worden, um in der Versammlung Scheidemann entgegenzutreten, habe dort erfahren, daß eine Diskussion nicht genehmigt sei und habe wieder heimkehren wollen. Man habe ihn aber veranlaßt, mit zu der Versammlung zu kommen. Mit dem, was der Versammlung vorgegangen sei, habe er ebensowenig etwas zu tun wie mit dem, was in ihr vorgegangen sei. Er habe keinen Beruf in sich gefühlt, sich in die „Auseinandersetzung“ zu mischen, er habe in der Versammlung niemand Vorschriften über sein Verhalten machen mögen. „doch dann nicht“, so heißt es in dem Briefe wörtlich, „wenn mir persönlich eine andre Form der Auseinandersetzung mehr zusagen würde“.

Sie reicht der Berichterstatter mit seiner Charakteristik der Rolle Erdmanns, welche durch den Brief Erdmanns erst richtig beleuchtet. Erdmann war von seinem Parteivorstand nach der Versammlung gesandt. Wenn er daran teilnahm, so war er auch in der Versammlung der Vertreter des unabhängigen Parteivorstandes. Sagte ihm das Vorgehen der Straßburger seiner Partei nicht zu, so hatte er aus seiner Tambourineurrolle herausstreten und seine Auffassung zum Ausdruck zu bringen. Es wäre ihm ein Leichtes gewesen, sich Gehör zu verschaffen. Das hat Erdmann nicht getan. Durch sein Schweigen in der Versammlung hat er sich mit den Kreiseln identifiziert und der Berichterstatter, der annahmen mußte, daß Erdmann vor der Parteileitung nach der Versammlung gesandt sei, hatte die Pflicht, auf diesen Umstand hinzuweisen. —

Provinz und Umgegend.

28. Jahrestag 28. Romaleben

Sargenrothingen, 26. Juli. (Eine öffentliche Gemeinde-Sitzung) fand am Mittwoch statt. Für das Geschäftsjahr 1918/19 macht sich durch die beträchtlichen Ausgaben ein Zuschlag von 25 Prozent erforderlich, so daß jetzt 200 Prozent Zuschlag gezahlt werden. Die Sitzung stimmte zu. Die Gemeindevertreter haben um Gehaltserhöhung angebracht. Vertreter Jacobs sprach für Bewilligung der ganzen geforderten Zulage, da es bei der Leitung nicht möglich sei, auszukommen. Dem wurde vom Vertreter Niedel widergesprochen und es wurden anf Antrag Roje 30 Mark bewilligt. Stellvertendant Niesel stellte den Antrag, sein Gehalt von 800 Mark auf 1200 Mark zu erhöhen. Er begründete dies mit Unlasten für die Einrichtung seines Büros, auch minge er mit Heizung für den Winter rechnen. Schöpfe Roje beantragte, das Gehalt auf 1000 Mark zu erhöhen und zur Einrichtung für den Bau des Steuerzimmers 400 Mark zu bewilligen. Vertreter Jacobs wendete ein, daß die Gemeinde nicht das Recht hat, Gelder für private Danten zu bewilligen. Doch wurde der Antrag Roje angenommen. Da Niesel aber 1200 Mark forderte, wurde der Antrag von Roje wieder aufgehoben und die volle Summe bewilligt. Vertreter Jacobs fragte den Gemeindeschreiber, ob es zulässig sei, daß ein Gemeindeangehöriger, wie Herr Niesel es sei, Stellvertendant und auch Gemeindesekretär sein kann; er ersucht den Gemeindeschreiber, sich beim Landrat zu erläutern. Dann stimmte die Versammlung der Gehaltsverteilung des Feldwurthters Gutsdie und des Vorstehers Schoppe zu. Die Rentenausgabe für Leberstättel soll auf Antrag Jacobs aus dem Rathaus verlegt werden. Sie wird wahrscheinlich im Schulhaus erledigt.

— (Die mangelhafte Anzahl von Söhnen) und
Zurückkommen liegt nicht an der Stoffentzerrung. Die Gemeinde
bekommt nur zwei Söhne in der Woche, und da nun die Erde
kann, wenden kann nach Bogen zu haben sein, die auch das
eigene nach eisigen können. Es wird so kommen, daß viele
Männer kommen zu Weiberinnen noch keine Söhne haben. Nach
die Mutter ist über die Mutter Aufzehrung nicht die Sonne

Arbeiterbeschwerung noch nicht ausreicht, billige Volkspeitung und Feuerung, vielleicht auch billige Kleidung u. a. m. Der großen Worte würden auf Kosten der Besitzende alle möglichen Wahlrechte in den Schloss geschüttet. Auf die kommenden Sitzungen müsse eine Gemeindepolitik, die sich auf dem allgemeinen Stimmrecht aufbaut, geradzu verwirrend wirken. Kurz nach der Auflösung der "Kreuzzeitung" würde bei der Einführung des gleichen Wahlrechts die Kompositklausel des Volkes bis oben an den Stand gefüllt werden.

Die "Kreuzzeitung" hat nicht unrecht mit ihrer Perspektive. Gewiß werden die Vertreter des Volkes für weitgehendste Fortschritte auf dem Gebiete der Schule und der Sozialreformen wirken. Sie werden in wohlverstandenen wirtschaftlich patriotischen Interesse das Ihre dazu beitragen, die durch den Krieg geschlagenen Wunden zu heilen und die Bevölkerungsprobleme einer der Gesamtheit dienlichen Lösung entgegenzuführen.

Bei den furchtbaren Verheerungen aber, die der Krieg im Bevölkerungsbestand und am Gesundheitszustand des Volkes herbeigeführt hat, wird selbst bei solcher Fürsorgepolitik das Wort von der "gefüllten Kompositklausel" auch nach dem Krieg ein Märchen bleiben.

Zum Schlusse wird in der "Kreuzzeitung", die Folgerung gezogen, es handle sich also bei der preußischen Wahlreform nicht nur um die Verschiebung der Parteidurchmischung des Abgeordnetenhauses, sondern es gehe um's Ganze. Der Zweck sei, das alte Preußen vollständig umzustürzen und "dem Radikalismus" preiszugeben.

Nun, den Radikalismus, von dem oben die "Kreuzzeitung" spricht, wird das deutsche Volk sehr gut vertragen können. —

* * *

Schwankende Gestalten.

Schwarze Auseinandersetzungen zwischen dem Abgeordneten Giesberts und der Redaktion des "Zentralblattes der christlichen Gewerkschaften" begannen damit, daß die letztere ihren Freund Giesbert einen "unsteten Verhalten" in der preußischen Wahlrechtsfrage beschuldigte. Darauf stellte Giesbert an die Parteileitung seines Wahlkreises Essen die Vertrauensfrage, über die wohl nächstens die Zentrumsfunktionäre — natürlich zugunsten Giesberts — entscheiden werden. — Aus der Antwort, die die "Zentralblatt"-Redaktion auf eine Erwidern Giesberts ergehen ließ, ging offensichtlich hervor, daß der Streit ziemlich weit gediehen ist. Das "Zentralblatt" beschuldigte Giesberts, er habe dadurch, daß er als "ein an exponierter Stelle stehender christlicher Arbeitersführer" sich für ein Pluralwahlrecht ins Zeug legte, "Mitschauern in die Haltung der christlich-nationalen Arbeiterbewegung zur Wahlrechtsfrage" herverufen. Der Wechsel in dem Verhalten Giesberts in der Wahlrechtsfrage, der offen zutage liegt, sei weiterhin Kreislauf zum Vergessen geworden. Alle christlichen Arbeiterabgeordneten des Reichstags und des Landtags hielten Giesberts' Verhalten für verfehlt, und es werde von seinem namhaften Arbeitersführer im Lande gebilligt. Die christlich-nationalen Arbeiterbewegung müsse von den aus ihren Reihen hervorgegangenen Abgeordneten erwarten, "daß sie nicht zu unzutreuen Zeit eine gefährliche Nachgiebigkeit an den Tag legen". Im Gegensatz zu allen andern christlichen Arbeiterabgeordneten glaubte nur Giesberts „mehrfaß, sich in die für die christliche Bewegung nicht einfache Gesamt situation nicht einordnen zu können“. Die Funktionäre der christlichen Arbeiterbewegung im Lande seien aber „begreiflicherweise auf die Dauer nicht gewillt, ihre mühsame Arbeit durch politische Aktionen“ der gefeierten Art erschweren zu lassen. Da vorausgegangene persönliche Erfahrungen nicht zum Ziel geführt hätten, habe über diese Dinge öffentlich geredet werden müssen.

Die Erwiderung, die Giesberts in der "Köln. Volkszeitung" und in dem Essener Zentrumsorgan erscheinen ließ, ist sehr schwach. Er beschwert sich, daß die "Zentralblatt"-Redaktion ihre "Ehrenpflicht verstoßen habe, gewisse „unwahre Darstellungen“ zu berichtigten. Er sei „stets und überall“ für das gleiche Wahlrecht eingetreten; nicht aus einer Geringachtung des gleichen Wahlrechts, sondern im Hinblick auf die schwierigen innerpolitischen Folgen, die aus einer Auflösung des Landtags und den erneuten Kämpfen im neu gewählten Parlament jetzt am Ende des Krieges entstehen müßten, sei er für die Verständigung auf dem Boden der Alters- bzw. Familienchristianität eingetreten. Das "Zentralblatt" spreche ja selber von einem „für die breiten Volkschichten allenfalls erträglichen Pluralwahlrecht“ (!).

Giesberts erwähnt dann wiederholt die „aufwendende Söhne der Verantwortung“ für die Entwicklung der innerpolitischen Zustände. Die Wahlrechtsgegner und Volksfeinde machen sich wegen dieser Dinge nicht die mindeste Sorge; sie bestehen auf ihrer Macht; der Arbeiterabgeordnete Giesberts aber glaubt, diesen Gewaltmenschen zu ziehen auf das klare Recht des Volkes verzichten zu dürfen. Er hält gegenüber dem Leser vom "Zentralblatt", diese behauptet das Starkemanspielen im Hinblick darauf, daß man „uns im Kriege so unentwendig hat“.

Der Gelegenheit hatte, Giesberts' Entwicklung zu beobachten, der hat seit je mit Bedauern feststellen müssen, daß dieser in mancher Hinsicht trügerische Name eines starken Hang hat, den dem Volkswohl entgegenstrebenden Interessengruppen über Gedanken zu geständnisse zu machen. —

* * *

Beraunnte Sozialisten.

Die neue sozialistische Zeitung "France Libre" (Freies Frankreich) vom 6. Juli enthält einen Leitartikel, der als Dokument aufgehoben zu werden verdient. Er wirft ein großes Verdikt auf die Gründungsberatung der 40 sozialistischen Abgeordneten, die diese Zeitung gegründet haben. Unter diesen Sozialisten befinden sich Albert Thomas, Campère, Morel, Barante, Lefèvre, Adrien Séché. Der Artikel lautet:

Die Gründung der "France Libre" datiert nicht von gestern: sie datiert vom 29. Mai 1917, als mehrere Sozialisten, Deputierte, Schriftsteller usw. sich zusammengetan, um Einspruch zu erheben gegen den Besluß des Parteiausschusses, sich an der Stockholm-Konferenz zu beteiligen.

Die Einspruchserhebung war eine entscheidende und heilsame Aktion. Ohne sie wäre der französische Sozialismus untergegangen in Vergleichleistung und Schande. Er hätte sich auf die schwere Ebene des Bolschewismus begeben. Durch eine eigenartige Verbindung von Erleuchtung und Machiavellismus, von Verhöhnung und Schmeichelen wurde der Parteiausschuß vom 27. und 28. Mai dazu gebracht, auf seine Fahne den Namen Stockholm zu schreiben, — einen Namen, den man verhöhnen und bekämpfen müßte.

Stockholm! Ein deutsches Manöver, eine deutsche Falle, — die ganze Doppelzüngigkeit der deutschen Sozialdemokratie bereinigt mit den Beträgen der deutschen Regierung. Stockholm! Das ist die ganze Verlogenheit und Perfidie des neutralistischen Sozialismus, der Borgberg und Troelska, den kniefälligen Freuden des alldeutschen Imperialismus.

Stockholm! Das wäre der Verkehr mit den Verrätern der Menschheit und des Sozialismus, die Freiheitssprechung Stockholms! Das hieße die Auslieferung der Internationale der Gewalttätigkeit und Boshaftigkeit.

Stockholm! Das wäre die Waffenstreitung, die Lüge, der Meineid, — das wäre der Verlust unserer Toten, unserer Opfer, unserer Rechte, unserer Hoffnungen, unserer heiligen Pflichten als Franzosen und Sozialisten.

Zum Glück ist Stockholm nur noch eine traurige Erinnerung. Nur dieser tödlichen Krise ist die "France Libre" und unsre Taktik herabgegangen.

Aber die Konferenz ist noch nicht tot. Sie schleicht um uns herum, wie ein bösertiges Tier, das die verschiedenen Formen und Namen annimmt. Es ist die Pflicht der "France Libre", es zu töten.

Keine internationalen Konferenzen, sondern den Krieg! Keine Konferenzen, sondern die Niederlage des preußischen Militarismus. Keine Konferenzen, sondern Unfliege gegen die deutsche Sozialdemokratie! Keine Konferenzen, sondern Vernichtung des Sozialismus! Keine Konferenzen, sondern Sieg den Alliierten und des Friedens des Reichs!

So die "France Libre", das "Freie Frankreich".

Das sind wahntückige Hasenleien verrannter Chambinioten. Und das traurigste daran ist, daß sie im Namen von über 40 Prozent der französischen sozialistischen Fraktion im Druck erschienen sind.

Gegenüber diesen französischen Sozialpatrioten schreibt der Pariser "Populaire" vom 7. Juli in einem stark gesetzten Artikel über die Schuld am Kriege:

"Was nützen rückblickende Anklagen, die man gegen einander erhebt, oder gegen das System einer Politik richtet, die auf Kriegsrüstungen, Allianzen, Imperialismus und kolonialen Abenteuer beruht? Ich, nach vier Jahren eines grausamen Krieges können alle Spekulationen über die Vergangenheit nicht mehr das Geheimnis verbürgern. Nur eine Frage beschäftigt jetzt das menschliche Gewissen: die Frage des Friedens. Nur die Aktion für den Frieden sollte und könnte nicht nur die Proletarier, sondern alle guten Menschen um sich scharen.

Über die Verantwortlichkeit für den Krieg könnte man endlos diskutieren. Im Schmerz und in den Herzschäften dieser schrecklichen Jahre dachte ich viel darüber nach. Wenn man auch unbestreitbar nachweisen könnte, daß die ganze Schuld am Kriege einem einzigen Gegner zugeschrieben wäre, so würde doch nichtsdestoweniger unsre sozialistische Minderheitspolitik von Anfang an richtig gewesen sein, denn diese Haltung wurde uns vor dem Kriege durch die Bevölkerung von Stuttgart, Kopenhagen und Basel diktiert: das Interesse des Menschen und des Proletariats wohlgemeint und die Völker aufzurufen, in Unterhandlungen einzutreten und zugunsten des Friedens einzutreten. Für welchen Frieden? Offenbar für einen Frieden der Völker und nicht denjenigen, der aus militärischen Aktionen und diplomatischen Protokollen hervorgeht.

Die Frage des Ursprungs und der Verantwortlichkeit für den Krieg geht nur die Geschichtsschreiber an. Sie kann warten, bis diese Herren so weit sind, sich mit ihr zu beschäftigen. Die Frage nach der Beendigung des Krieges, die Frage des Friedens geht die Völker an, die keine Zeit haben, lange zu warten. Es ist eine eigenartige Verirrung, die erste Frage durch die Völker beantworten zu lassen, wie dies die französischen Minderheiten verlangen, und die andre Frage (des Friedens) durch die Waffen und durch die Regierungen lösen zu lassen. Diese Methode erklärt uns leicht, warum das bisherige Ergebnis so negativ ist: wir halten eine Stockholmer Konferenz und haben den fünften Kriegswinter vor uns!"

Wie man sieht, deckt sich der Standpunkt der französischen Minderheit im wesentlichen mit dem der deutschen Mehrheit. Wie lange es dauert, bis diese Minderheit der Besonnenen auch in Frankreich zur Mehrheit über die Vaterreiten wird, kann heute allerdings noch niemand wissen. —

* * *

Notizen.

13 000 Tassen. Im Mittelmeer versinken, wie andeutet wird, unsre U-Boote neuerdings 4 Dampfer von 13 000 Br.-Reg.-Tz. —

*
Friedensbedingungen. In der letzten Nummer haben wir deutsche Friedensbedingungen nach dem Organ Sothis abgedruckt. Aus Versehen ist der Punkt 5 doppelt erschienen, während Punkt 6 fehlt. Wir holen die jüngste Bedingung daher nach. Sie lautet: "Die Nationen wird mit dem Status quo ante bellum (dem Zustand vor dem Kriege) belegt." — Zu bemerken ist, daß sowohl die Bedingungen der Deutschen wie die der Entente lediglich "Führer" sind, die in der Presse angefeindet werden. Und zwar von nichtamtlicher Seite. —

*
Giegelsbombe auf Konstantinopel. Der letzte tägliche Lagebericht meldet von der Balkanfront: "Unter geringem Artilleriefeuer und Artilleriegefeuerkämpfen berichtet an der ganzen Front Ruhe. Gleichzeitig mit dem Angriff am Morn haben sich weiter nördlich bei Dardanus erbitterte Kampfe zwischen Serben mit Geschützen und Maschinengewehren andererseits Rebellenhorden und untern Truppen abgespielt. In jenen weiteren Kämpfen verloren die Russen 2000 Mann am 21. und 22. Juli unter Einsatz immer neuer Krieger in der Nähe der Siedlungszone zu segeln. Unsere tapferen Soldaten und der russische Artilleriegefeuerkampf gelang es, die Angreifer unter schweren Verlusten für den Sieg abzutreiben. Allein am Bahnhof Dardanus wurden 200 tote Rebellen gesichtet. Sechs schwere Flugzeuge waren am 23. Juli nachmittags Bomber auf Konstantinopel, ohne unerwartete Schaden anrichten. Fünf Personen wurden verwundet.

Nicht "Vaterland", aber "Gerechtigkeit" versinkt. Nach Neuvergütungen der englischen und französischen Presse soll das am 20. Juli von einem deutschen U-Boot nordwestlich von Irland torpedierte Schiff nicht der Dampfer "Vaterland" sondern der 1917 in England fertiggestellte S 2120 "Brutal" genannte tonnen große Turbinendampfer der White Star Line "Justitia" gewesen seien. Wolffs Telegraphenbüro bemerkt dazu: "Wie zu dieser Meldung von amtlicher deutscher Seite Stellung genommen werden kann, muß erst die mündliche Bekanntmachung des beteiligt gewesenen U-Boots-Kommandanten abgewartet werden. Der kürzlich über die Versenkung des "Vaterland" erfolgten Veröffentlichung lagen funkentelegraphische Meldungen zugrunde." Aus Hamburger Kreisverfassungen wird indessen schon mitgeteilt, daß "Vaterland" und "Justitia" leicht zu verwechseln seien. "Justitia" ist in Wirklichkeit der für holländische Rechnung in England erbaute, aber von der englischen Regierung beschlagnahmte Dampfer "Statendam". —

Deutsche Flugpost in Palästina. Die Deutsche Armee-Zeitung Gilbir in Damaskus teilt am 8. Juli mit: "Durch besonders Entgekommen des Oberkommandos unserer Heeresgruppe und des Herrn Kommandants der Flieger wurde ermöglicht, daß die Armee Zeitung Gilbir im Flugzeug an die Front befördert wird. Bei diesem besonderen Flugdienst handelt es sich um einen Verlust, der die Zweckmäßigkeitprobe erst zu bestehen hat. Jedermann ist es ein Kulturluxus von sicher so geringem Wert, daß vom alten Damaskus, vom Fuße des Libanon aus gerade ein deutsches Soldatenblatt als erste Zeitung der Welt durch die Lüfte zu ihren Lesern eilt." —

Streikende Munitionsarbeiter. Nach einem Londoner Telegramm ist unter den englischen Munitionsarbeitern ein Aussstand ausgebrochen, der vorläufig 12 000 Arbeiter umfaßt, sämtlich in Coventry. Es machen sich jedoch bereits Anzeichen bemerkbar, daß auch an andern Orten ein Aussstand nahe bevorsteht. Die Ausständigen klagen den Munitionsminister an, daß er den Grundsatz durchbrochen habe, wonach die Arbeiter die Freiheit haben sollen, bei Arbeitsangebot sich selbst die Art der Arbeit zu wählen. Sie verlangen die Aufhebung der Bestimmung, daß gewisse Firmen nur eine gewisse Anzahl Gelehrter in ihren Betrieben beschäftigen dürfen. Die Lage wird in der englischen Presse als ernst bezeichnet, da die Ausständigen einen Vergleich nicht annehmen wollen, sondern die rücksichtslose Annahme ihrer Forderungen verlangen. —

* * *

Teilangriffe.

W. T. B. Großes Hauptquartier, 26. Juli 1918. (Amtlich)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

Südlich von Albert schlugen wir einen englischen Teilangriff zurück und machten im Nachtoff Gefangene. Erfolgreiche Vorstöße unserer Erfolgabteilungen an vielen Stellen der Front.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz.

Auf dem Schlachtfeld zwischen Aisne und Marne wurden heftige Teilangriffe des Feindes teils vor, teils in unserm Kampfgebiet abgewiesen. Beiderseits des Ourcq verloren die Kämpfe bis zum Abend an. Hier waren wir nördlich von Oulchy-le-Château den Feind aus seinen vorderen Linien. Ostlich des Orcs und südlich des Ourcq schlugen wir im Gegenstoß die feindlichen Angriffe ab. Auch westlich von Vincelles (an der Marne) wurde der Feind im Walde von Aisne nach heftigen Kämpfen vor unseren Linien abgewiesen.

Südwestlich von Reims sänkten wir das Waldgebüsch westlich von Brigny und schlugen heftige Gegenangriffe weißer und schwarzer Franzosen zurück.

In der Champagne griff der Feind zwischen dem Snippe-Tale und Sonain am frühen Morgen an. Er wurde im Gegenstoß abgewiesen.

In Luftkämpfen verlor der Feind gestern 28 Flugzeuge und einen Heliplan.

Lieutenant Freiherr von Richthofen errang seinen 30., das Jagdgeschwader Richthofen damit seinen 500. Erfolg. Lieutenant Loewenhardt schuf seinen 44., Lieutenant Billig seinen 27., Lieutenant Völker seinen 26., und Vizefeldwebel Thom seinen 25. Gegner ab.

Der Erste Generalquartiermeister
Ludendorff.

* * *

Depeschen.

Bomben auf Calais.

W. T. B. Bern, 25. Juli. "Petit Parisier" meldet aus Calais: In der Nacht vom Sonntag zum Montag überflogen deutsche Flugzeuge zweimal die Stadt. Sie werfen Bombe ab und richteten Sachschaden an. Mehrere Personen wurden verwundet.

*
Gegen die Deutschen.

W. T. B. Bern, 25. Juli. Die Agence Americana berichtet aus Rio de Janeiro (Brasilien), daß der Finanzminister auf Beschluss der Regierung mit der Liga der Banken in ganz Brasilien begonnen habe.

*
Zehn Jahre Gefängnis.
W. T. B. Bern, 25. Juli. Der "Tempo" meldet aus Washington: Der frühere Direktor des "Deutschen Staatszeitung" des States Mississipi, der einen Vertrag gegen das Spionagegeheim für schädig erklärt worden ist, erhielt 10 Jahre Gefängnis und wurde außerdem zu 500 Dollar Buße verurteilt.

*
Sie ziehen sich zurück.
W. T. B. Bern, 25. Juli. Die Zeitung "Ruth Gold" meldet, daß die Bolschewiki Stawropol besetzt geräumt haben, welches von der Freiwilligerarmee besetzt worden sei. (Stawropol liegt zwischen Samara und Orenburg auf dem östlichen Ufer der Wolga, Ned.)

